

RATHAUSREPORT

Bessere Kita-Betreuung

LINKE: Für Potsdamer Kinder Verantwortung übernehmen

Babys wickeln, herumtollende Kinder beschäftigen, ein weggelaufenes Kind einfangen und zwei Elterngespräche führen – und alles gleichzeitig. Diese Aufgabe

stellte AWO-Geschäftsführerin Angela Basekowskaja als einer der Träger von Kindereinrichtungen in Potsdam ankommenden Stadtverordneten zur SVV auf dem Flur vor dem Plenarsaal. Und auch Dr. Sigrid Müller stellte sich der Aufgabe, die die Überforderung der Kita-Erzieher_innen vorführen sollte. Die LINKE hatte sich nicht zum ersten Mal der Sorgen von Eltern und Erzieher_innen angenommen, die wegen der Unterversorgung mit Betreuungspersonal Alarm schlugen. Diesmal hatte sie Forderungen der Elterninitiative „JETZT! Für bessere Kita-Betreuung in Potsdam“ aufgegriffen und noch weitere Fraktionen der SVV hinter einem Antrag versammelt, der nach dem lautstarken Protest vor dem Rathaus, flankiert von einer 8000 Unterschriften starken Online-Petition und der eindringlichen Beschreibung der Elterninitiativ-Sprecherin Wiebke Kahl, einstimmig beschlossen wurde. Gemäß ihrem Selbstverständnis ging denn auch Stefan Wollenberg in seiner Antragsbegründung für die LINKE über die zuvor vom Oberbürgermeister gegenüber den Demonstranten und David Kolesnik (SPD) in der Debatte hinaus, die die Verantwortung für die Ausstattung der Kitas mit den erforderlichen Personalkosten allein im Land sehen. Stefan Wollenberg: „Wir sind gemeinsam in der Verantwortung.“ Die Ergebnisse der aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung, Kita Zoom, belegten einmal mehr, dass in Potsdam (durch einen größeren Anteil berufliche



Kita-Atmosphäre vor dem Plenarsaal – ein Versuch der AWO, die Stadtverordneten von ihren Problemen zu überzeugen.

Bindung beider Elternteile) ein höherer Betreuungsbedarf als durchschnittlich im Land bestehe. Darüber hinaus seien aber auch die

Kindereinrichtungen in Potsdam unterschiedlich mit Personal ausgestattet. Daher formuliert der Antrag, dass ermittelt werden soll, mit welchem finanziellen Aufwand sich der vom Kita-Gesetz vorgegebenen Personalschlüssel von 1:5 (bei 0- bis 3-Jährigen) und 1:12 (bei 3-6-Jährigen) zu jeder Zeit und in jeder Gruppe in Potsdam realisieren lässt.

„Wir haben es schon mehrfach erfolgreich praktiziert, nicht nur ans Land zu appellieren, sondern auch als Stadt selbst aktiv zu werden“, sagte Wollenberg weiter und erinnerte an die Einrichtung eines Lehrer-Vertretungsfonds und zusätzlicher Schulsozialarbeiter.

Empfohlen wird in dem Beschluss auch die Konstituierung eines Elternbeirates für Kitas in der Landeshauptstadt. Er erhält die Möglichkeit, mit beratender Stimme im Jugendhilfeausschuss zu arbeiten und sich so direkt in die Diskussion zu Kita-Themen einzubringen.

Die LINKE werde sehr darauf achten, dass der einstimmig gefasste Beschluss nicht bloß ein Bekenntnis ist, sondern diesem auch Taten folgen, versprach Wollenberg.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

die Linksfraktion kann insgesamt zufrieden sein mit der Bilanz dieser Plenarsitzung, denn eine ganze Reihe ihrer Anträge erhielt eine Mehrheit, so der gemeinsam mit der Kita-Initiative formulierte Antrag zur Erhöhung der Betreuungsqualität in den



Potsdamer Kitas. Die Vorlage des Oberbürgermeisters zum Bürgerbegehren gegen den Ausverkauf der Potsdamer Mitte führte erwartungsgemäß zu heftigen Diskussionen. Mit der in sechs Punkten begründeten rechtlichen Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens stieß der Oberbürgermeister auch auf unseren Widerspruch und unsere Ablehnung. Wir unterstützen den von der Initiative angekündigten Gang vor das Verwaltungsgericht zur gerichtlichen Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit. Zugleich haben wir die Gelegenheit genutzt, durch deutliche Änderungen in einer zweiten Vorlage des Oberbürgermeisters zur Potsdamer Mitte so viel wie möglich an inhaltlichen Anliegen des Bürgerbegehrens verbindlich festzuschreiben – unabhängig vom Ausgang des Bürgerbegehrens. Was haben wir erreicht?

1. Mit der klaren Festlegung, dass die Stadt alle Anstrengungen zum Erwerb des Mercure einstellt, ist der Abriss des Hotels nun vom Tisch.
2. Das Grundstück am Staudenhof bleibt dauerhaft im Eigentum der Pro Potsdam. Ein Neubau an dieser Stelle setzt voraus, dass mindestens die gleiche Wohnungskapazität, die wirtschaftliche Realisierbarkeit und der wirtschaftliche Vorteil gegenüber einer Sanierung des Bestandsgebäudes nachgewiesen werden.
3. Einer der beiden Blöcke auf dem Fachhochschulgrundstück soll den Wohnungsgenossenschaften vorbehalten sein.
4. Die Möglichkeit der Grundstücksvergabe über Erbbaurechte ist zu prüfen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Von der Praxis belehrt

Mein erstes Jahr in der Stadtverordnetenversammlung hat mich um viele Erfahrungen reicher gemacht. Selbstverständlich ging ich davon aus, dass die gewählten Stadtverordneten im Sinne ihrer Wähler Entscheidungen treffen. Eines besseren belehrten mich jedoch die Erfahrungen aus fünf Stadtverordnetenversammlungen. Ich habe sehr viele groteske Äußerungen gehört, die mich nicht nur erstaunten: Beispielsweise die Aussage von Herr Finken (CDU),



dass die LINKE zu Gewalt aufrufe, erschreckte mich sogar. Auch die Tatsache, dass der Oberbürgermeister dazu keinerlei Worte der Entgegnung fand, obwohl er dazu aufgefordert wurde, empfand ich als brüskierend.

Was ich hingegen lernen musste, war, dass Politik nicht immer logisch und sachlich ist, wie es sich bei der Wahl des Sozialbeigeordneten zeigte.

Wenn im Ergebnis eines Ausschreibungsverfahrens die drei besten BewerberInnen benannt werden, dann aber der Lieblingskandidat des Oberbürgermeisters im Nachhinein doch noch irgendwie unter den Top 3 landet, kann man diesen Umstand als „Zufall“ einordnen. Als sich dann die so neu sortierten Top 3 den Fraktionen vorgestellt hatten, sah die Ausgangslage noch relativ offen aus. Dass dann jedoch von Herrn Jakobs der Fraktionsvorsitzende der eigenen Partei (SPD) als geeignetster Kandidat auserkoren wurde, um dann in der bisher „armseeligsten“ Wahl erst in einem dritten Wahlgang und mit nur einer Stimme Mehrheit zum Sozialbeigeordneten gekürt zu werden, machte mich fassungslos.

André Noack

Stadtverordneter; Wahlkreis IV (Babelsberg, Zentrum Ost, Klein Glienicke, südliche Innenstadt)

Bürgerbeteiligung ernst genommen

LINKE brachte Eckpunkte des Bürgerbegehrens mit Antrag durch

Was man unter „kommunalen Grundstücken“ und „städtischen Eigenmitteln“ versteht, ist im Allgemeinen klar – verwaltungsrechtlich sind die Begriffe allerdings zu unkonkret, also unzureichend. Das, was mehr als 16.000 Potsdamer als ihren Willen mit ihrer Unterschrift bekundet haben, ist rechtlich nicht zulässig – so die Stellungnahme der Verwaltung zum Bürgerbegehren „Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“, was schließlich mit 31 Ja- zu 15 Gegenstimmen bei vier Enthaltungen zum Beschluss erhoben wurde.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, warf der Verwaltung vor, die Prüfung zielgerichtet für die Feststellung der Unzulässigkeit vorgenommen zu haben. „Bei objektiver, vielleicht auch wohlwollender Betrachtung“, hätte man „ohne große Verrenkungen“ erkennen können, worum es in den Fragen gehe. Scharfenberg verwies darauf, dass es bereits eine Initiative im Landtag gibt, um die rechtliche Prüfung solcher Bürgerbegehren künftig nicht durch die jeweilige Verwaltung vornehmen zu lassen, sondern durch die jeweilige Kommunalaufsicht. Das wäre in diesem Falle das Innenministerium.

Er verwies weiter darauf, dass das Bürgerbegehren auch mit der Ablehnung ein großer Erfolg gewesen sei und der Diskussion um die weitere Ausgestaltung der Potsdamer Mitte eine neue Richtung gegeben habe. Die unübersehbare Ablehnung der bisherigen Stadtpolitik habe die Chance eröffnet, wesentliche Inhalte des Bürgerbegehrens trotz seiner Ablehnung als rechtlich nicht zulässig auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Oberbürgermeister hatte in einem Antrag seine Schlussfolgerungen gezogen, in den er die von der LINKEN vorgeschlagenen Änderungen (bis auf eine) aufgenommen hatte. Über diese eine Position war dann separat abgestimmt worden:

Die LINKE hatte vorgeschlagen „Es ist zu prüfen, ob und wie Teile des FH-Gebäudes erhalten, mit einer öffentlichen Funktion versehen und in das Gesamtkonzept eingepasst werden können.“ Dieser Punkt wurde mehrheitlich abgelehnt.

Eingang in den Beschluss fanden die Vorschläge der LINKEN, dass ein Block des FH-Grundstücks für eine wohnungsgenossenschaftliche Bietergemeinschaft erlaubt und privilegiert wird. Es soll geprüft werden, ob die Blöcke II und IV nicht durch Verkauf, sondern durch Erbbaurecht veräußert werden können. Zum umstrittenen „Alter Markt 10“, dessen Grundstück im Besitz der Pro Potsdam bleiben soll, gelang der LINKEN der Zusatz „dauerhaft“ sowie die Einfügung: „Nur wenn der Nachweis der wirtschaftlichen Realisierbarkeit und des wirtschaftlichen Vorteils gegenüber einer Sanierung geführt worden ist, ist nach dem Abbruch des Bestandgebäudes die Neubebauung ... zu realisieren ... bei gleicher Wohnungskapazität ... und Belegungsbindungen nach sozialen Gesichtspunkten.“

Übernommen wurde von der Verwaltung auch der volle Wortlaut des LINKEN-Vorschlages: „Die Landeshauptstadt stellt alle Bemühungen zum Erwerb des Mercure mit dem Ziel des Abrisses des Hotelgebäudes ein. Eine Diskussion über die Zulässigkeit einer Umgestaltung des Hotelgebäudes oder dessen räumliche Verlagerung ist frühestens dann zu führen, wenn der Eigentümer das Hotel im derzeitigen Zustand nicht mehr weiter betreiben möchte.“

„Wir haben die Chance genutzt, die Eckpunkte des Bürgerbegehrens zur Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung zu machen, obwohl man dessen rechtmäßige Gültigkeit nicht anerkennen wollte“, resümierte Scharfenberg, „nur so kann man Bürgerbeteiligung wirklich ernst nehmen.“

Fragen – Antworten

Radweg Stern-Schlaatz

Nach letzten Informationen sollte der Bau des Radweges zwischen Stern und Schlaatz in diesem Jahr begonnen werden. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte nach dem Baubeginn.

Andreas Goetzmann teilte mit, dass mit dem Zuschlag an den bauausführenden Betrieb der Baubeginn 26. September vorgesehen ist.

Da aber erst ab 1. Oktober erforderliche Baumfällungen möglich und aktuell noch Abstimmungen mit der Forstbehörde nötig sind,

könnte sich der Baubeginn noch ein wenig verschieben.

Spenden für Tierheim

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte nach den Spenden für einen Tierheimneubau, die die Stadt seit Jahren treuhänderisch verwaltet. Der Tierschutzverein hat inzwischen den Antrag gestellt, die Spenden zu erhalten. Unter welchen Voraussetzungen werden die Spenden ausgebracht, fragte Scharfenberg.

Der Beigeordnete Mike Schubert erklärte,

dass gemäß Beschluss der SVV die 131.362 Euro bis zum 31.12.2017 zweckgebunden für einen Tierheimbau durch die Stadt verwaltet werden. Noch fehle aber der Bauantrag des Tierschutzvereins, auch die Fristverlängerung zum 20. September werde voraussichtlich nicht eingehalten. Er sei mit dem Verein in regelmäßigem Kontakt und werde den nächsten Tierheimbeirat über den Fortgang informieren. Schwerwiegende Hindernisse, die einer Auszahlung der Gelder entgegenstünden, gebe es nicht, erklärte er auf Nachfrage.

Beschlossen

60 km/h auf der Nuthestraße

Da die Bemühungen um Lärmschutzmaßnahmen an der Nuthestraße bisher ohne Erfolg geblieben sind, so Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, beantragte die LINKE die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 60 km/h im Bereich des Wohngebietes Am Stern in den Nachstunden. Die Übernahme eines Ergänzungsantrages der Grünen, die Geschwindigkeitsbegrenzung auf die gesamte Nuthestraße auszudehnen, lehnte die LINKE ab, da ein solches Ausmaß nicht so einfach realisierbar wäre. Es komme auf den Lärmschutz für das Wohngebiet an, begründete Scharfenberg. Der Antrag wurde beschlossen, entsprechende Gespräche mit dem Land zu führen und im November über deren Ergebnisse zu berichten.

Humboldtring/ Babelsberger Straße

Zur Situation der Fußgänger und Radfahrer auf der Babelsberger Straße zwischen Humboldtring und Langer Brücke hatte André Noack für die LINKE den Antrag eingebracht, mit dem die Verwaltung Maßnahmen zur Verbesserung deren Sicherheit aufzeigen soll. Die Möglichkeit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h ist zu prüfen. Im Dezember soll über das Prüfergebnis informiert werden.

Überwiesen

Jan Bouman-Haus

In den Hauptausschuss und den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft wurde

der Antrag der LINKEN überwiesen, dass der Jan Bouman Haus e.V. weiter bei der Erhaltung der öffentlichen Zugänglichkeit des Museums und bei der Grundfinanzierung unterstützt wird, indem der Vertrag mit der Landeshauptstadt aus den 90er Jahren den heutigen Gegebenheiten angepasst wird.

Wohnungstauschzentrale für Potsdam

Eine Wohnungstauschzentrale für ganz Potsdam schlägt die LINKE vor. Dies sei einer der Punkte zur Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes der Landeshauptstadt, sagte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Antragsbegründung. Unter Regie der Stadt müsse mit Beteiligung aller Wohnungsunternehmen eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, die den Wohnungstausch innerhalb der ganzen Stadt erleichtert. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss und den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion überwiesen.

Uferweg Speicherstadt

Einmal mehr hat die LINKE den Uferweg hinter dem Wasserwerk in der Speicherstadt auf die Tagesordnung gesetzt. Der Uferweg sei zwar von der Stadtverordnetenversammlung schon lange beschlossen, doch ist die Finanzierung weiterhin ungeklärt, zumal Fördermittel vom Land zur Zeit überhaupt nicht in Sicht sind, erklärte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Antragsbegründung. Er schlug vor, eine Feinplanung vorzunehmen, um die Mindestkosten für den Bau des Uferweges zu ermitteln. So sollen Hürden für das Ausrei-

chen von Fördermitteln durch das Land in absehbarer Zeit abgebaut werden. Die Realisierung des Uferweges in der Speicherstadt sei schon allein deswegen wichtig, weil es sich hier um ein städtisches Grundstück handelt und gleichzeitig bei den Privatanliegern am Griebnitzsee und Groß Glienicker See der öffentliche Uferweg erzwungen werden soll. Der Antrag wurde in den Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und in den Finanzausschuss überwiesen.

Tempo 30 in der Zeppelinstraße

Die derzeit verfügte Tempo-30-Regelung in der Zeppelinstraße soll als dreimonatige Testphase zur Sammlung der Gesamtheit von Parametern genutzt werden, wie Verkehrsfluss, Schadstoffimmission, Verkehrsverdrängung auf angrenzenden Straßen, Leistungsfähigkeit des ÖPNV usw., begründete Ralf Jäkel den Antrag der LINKEN. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen.

Abgelehnt

Schopenhauerstraße

Nach den Ausschüssen für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung und dem für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr hat auch die Stadtverordnetenversammlung den Antrag der LINKEN abgelehnt, Möglichkeiten zu untersuchen, wie der nördliche und der südliche Teil der Schopenhauerstraße wieder an die Charlottenstraße angebunden werden können.

Drei Tourist-Informationsstellen zu teuer?

Sascha Krämer hatte die Spekulationen in der Stadt aufgenommen, dass die Stadt die Tourist-Information im Hauptbahnhof schließen wolle, weil die Aufrechterhaltung von drei Informationsstellen zu teuer sei. In der Fragestunde der Stadtverordneten zu Beginn der Sitzung sagte er, er bewerte gerade die Informationsstelle im Hauptbahnhof als besonders wichtig und fragte nach den Kosten insgesamt.

Der Oberbürgermeister zählte auf: Personalkosten für drei Vollzeitbeschäftigte je 72.500 Euro, technische Ausstattung jeweils 4800 Euro. Die Gesamtkosten für die einzelnen Standorte:



für den Hauptbahnhof 122.900 Euro, für den Luisenplatz 96.800 Euro und für den Alten Markt 106.300 Euro. Für den Haupt-

bahnhof werden Einnahmen von 50.000 Euro ausgewiesen.

Für die Tagesordnung hatte die LINKE auch einen Antrag zur Tourist-Information im Hauptbahnhof eingebracht. Es soll dargelegt werden, unter welchen Bedingungen die Tourist-Information im Hauptbahnhof erhalten werden kann. Das soll bis zur nächsten SVV im November 2016 geprüft werden. Ralf Jäkel hatte den Antrag begründet, es gehe um eine Entscheidung im Sinne der nutzenden Bürger und Gäste. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen und soll gemeinsam mit der sich in Erarbeitung befindlichen Tourismuskonzeption besprochen werden.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr

26. September 2016; 10. und 24. Oktober 2016; 07. und 14. November 2016

24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal

02. November 2016, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

06. November 2016, Beginn 10 Uhr
Bürgerhaus Stern*Zeichen

Galileistraße 37-39; Stadtteil Am Stern

Ausgabe des „Rathausreport“ Nummer 8/2016

Stadthaus, Raum 3.107

11. bis 15. November 2016 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

11. und 12. November 2016

Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. November 2016

Bürgersprechstunde

Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender

Am 13. Oktober ab 17 Uhr

Im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter: Tel: 0331/2893051 bzw. 0331/6005069, Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

Soziales Wohnen auch in Potsdams Mitte

Die Auswertung der 23. Sitzung der Stadtverordneten vom 14. September stand auf dem traditionellen Rathausreport-live-Frühschoppen am 18. September in der Burgstraße auf dem Programm. Für die BürgerInnen, die an dem Treffen teilnahmen, standen der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, die Fraktionsgeschäftsführerin, Dr. Sigrid Müller, und die junge LINKE-Stadtverordnete Gesine Dannenberg zur Verfügung.

Den ersten Teil nahmen die einzelnen Themen der SVV in Anspruch. Optimistisch stimmen nach Meinung von Scharfenberg z. B. die aktuelle Situation um den Neubau des Tierheimes und der noch in diesem Jahr (nach jahrelanger Anlaufzeit!) beginnende Bau des Radweges vom Schlaatz zum Stern.

Besonders hob Scharfenberg den Beschluss eines Leitbildes für die Stadt Potsdam hervor. Und der Fraktionsvorsitzende konnte nicht anders, als darauf hinzuweisen, dass der Titel des Dokumentes „Eine Stadt für alle“ doch sehr stark an die Wahllosung der LINKEN von 2008 – „Ein Potsdam für alle“ – erinnere. Logisch also, dass die LINKE das Leitbild begrüßt.

Im weiteren Informationsteil des Frühschoppens ging Scharfenberg auf solche Themen wie die Ehrenbürgerschaft Potsdams für Hasso Plattner; die Novellierung der Baumschutzordnung; die Abfallsorgungssatzung und die Tempobegrenzung für die Zeppelinstraße ein. Als sehr positiv und notwendig stellte er die Einrichtung einer zentralen Wohnungstauschzentrale heraus, wie in einem Antrag der LINKEN gefordert.

Sichtlich mit Spannung haben die Teilnehmer des Frühschoppens auf die Erläuterungen Scharfenbergs in Sachen Pots-

damer Mitte gewartet. Schließlich wohnen einige von ihnen im Staudenhof bzw. in unmittelbarer Nachbarschaft. Und weiter geisterten durch die Medien verschiedenste Auslegungen der das Thema Potsdamer Mitte betreffenden Teile der SVV.

„Es war von vornherein das Ziel der rechtlichen Prüfung, die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens festzustellen“, wiederholte Scharfenberg vor den Frühschoppenteilnehmern. „Bei wohlwollender Betrachtung

hätte man auch zu dem Ergebnis kommen können, dass das Begehren rechtlich zulässig ist.“

Und er erinnert daran, welche starke Unterstützung gerade DIE LINKE bei der Unterschriftensammlung war.

„Ohne zu übertreiben meine ich, dass wir sogar beträchtlich zum guten Ergebnis beigetragen haben“, unterrichtete Scharfenberg.

Trotzdem: Gegen die Stimmen von LINKEN, der Fraktion Die Andere und Teilen des Bürgerbündnisses wurde das Begehren bekanntlich auf der SVV als „unzulässig“ gekippt. Politik besteht aber auch aus Kompromissen. Und der Kompromiss, eingebracht durch DIE LINKE, der letztlich beschlossene Sache wurde, hat bewirkt, dass der im gekippten Begehren manifestierte Bürgerwillen verbindlich in die weitere Entwicklung einfließen kann. Deshalb wies auch Scharfenberg noch einmal zurück, DIE LINKE sei einen „faulen Kompromiss“ eingegangen. „Im Gegenteil“, betonte Scharfenberg am Beispiel Staudenhof 10, zuerst müsse nunmehr die Wirtschaftlichkeit geprüft werden bevor Abriss und Neubau oder Sanierung in Angriff genommen werden können. Vor allem werde mit der Beschlusslage „soziales Wohnen wieder möglich und gewollt in der Potsdamer Mitte“, so Dr. Scharfenberg.



RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam